

## **Pressemitteilung**

In der letzten Sitzung des Ginsheim-Gustavsburger Gemeinderates am 11.3. hatten wir, die Freien Wähler Gigu aufgrund der bekanntermaßen dramatischen Haushalts- und Finanzlage beantragt, die Einrichtung einer überparteilichen „Arbeitsgemeinschaft Haushaltkonsolidierung“ zu installieren. Nur mit einer solchen Maßnahme sahen wir Freien Wähler die einzige realistische Möglichkeit, fachkundige Sparmaßnahmen für unsere Gemeinde zu entwickeln und durchzusetzen. Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es notwendig, den Schuldenabbau massiv anzugehen.

Die Vertreter aller Parteien stimmten unserem Antrag erwartungsgemäß zu, leider jedoch nicht die SPD-Mehrheitsfraktion. Somit wurde der Antrag wegen der Stimmen der SPD abgelehnt. Für uns ist dies nicht nachvollziehbar und unverständlich, auch die anderen Parteien im Gemeinderat reagierten mit Unverständnis und Kopfschütteln. Wir Oppositionsparteien können keinen nachvollziehbaren Grund erkennen, warum man einen solchen Antrag ablehnt.

Warum eigentlich hat sich die SPD „am Rande der Sitzung“ gegenüber der Presse geäußert, man habe eine solche Arbeitsgruppe wegen fehlender Öffentlichkeit abgelehnt? Niemand ist für mehr Öffentlichkeitsbeteiligung als wir Freie Wähler! Der FWG-Fraktion gegenüber sprachen SPD-Vertreter (auch am Rande der Sitzung) allerdings von einem Fehler, den Antrag nicht unterstützt zu haben. Diese Darstellung wäre besser während der Sitzung gekommen! Nun sollen wir Freien Wähler – laut Vorschlag SPD - wieder einen Antrag vorlegen, die Thematik diesmal im Haupt- und Finanzausschuß zu behandeln. Nach diesem Hin und Her haben wir nun kein Interesse mehr daran, hierbei mit einer Partei wie der SPD zusammen zu arbeiten, die jede positive Initiative, die nicht von ihr selbst kommt, mit den fadenscheinigsten Begründungen und ihrer Parlamentsmehrheit ablehnt.

Wir Freien Wähler werden ab sofort unsere Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltslage selbst in eigener Regie mit eigenen Anträgen vorlegen. Schade, dass sich eine demokratische Partei wie die SPD so undemokratisch darstellt. Und dies im – von ihr selbst eröffneten - Kommunalwahlkampf . Der Wähler wird wissen, was er von diesem Handeln zu halten hat.

gezeichnet

Sigi Nachtmann, Vorsitzender des Vorstands FW  
Albrecht Marufke, Fraktionsvorsitzender FW